



Umstrittene Sparpläne: Bund will Millionen Euro für ländlichen Raum streichen

Bericht: Christian Werner

Kamera: Niclas Fiegert, Tilo Holzapfel, Mark Michel

Schnitt: Christian Werner

Beate Hühn kommt auf einen Sprung bei Krankenschwester Carolin Anders vorbei.

„Hallo Frau Hühn, guten Morgen, schön, dass Sie da sind. Nehmen Sie Platz.“

„Jawoll!“

Sie erhält Pflegeleistungen und hat Fragen zu einem Formular.

„Haben Sie das Schreiben schon dabei?“

„Das habe ich hier mitgebracht.“

Carolin Anders berät hier in einem sogenannten Gesundheitskiosk Einwohner in der thüringischen Gemeinde Blankenburg im Unstrut-Hainich-Kreis. Beate Hühn ist regelmäßig hier.

Wir haben sie erstmal unterstützt, bei einer Antragstellung überhaupt einen Pflegegrad zu bekommen. Dann haben wir sie beraten, was sie für Ansprüche hat innerhalb ihres Pflegegrades und da sind wir bei ihr auf die Idee gekommen oder es hat sich herausgestellt, sie braucht unbedingt Unterstützung bei dem Transport zu Arztfahrten.

In einer ländlichen Region, in der der nächste Arzt oder das nächste Krankenhaus nicht gleich um die Ecke sind, ein wichtiges Angebot - gerade für ältere oder gehandicapte Menschen.

Carolin Anders, Krankenschwester

Das ist die Anlaufstelle um alles zu besprechen, ob es Gesundheitsfürsorge ist, Daseinsvorsorge, ob es Vorsorgevollmacht ist. Also alles, was den älteren Menschen oder auch selbst den jüngeren beschäftigt, kann hier vor Ort angesprochen werden und zum größten Teil geklärt bzw. weitervermittelt werden.

Bisher gibt es hier in der Region vier dieser Gesundheitskioske, deren Bau unter anderem mit Geldern aus der GAK, der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes finanziert wurde. Hinter dem sperrigen Begriff verbirgt sich das wichtigste nationale Förderinstrument für den ländlichen Raum, mit dem der Bund den Ländern finanziell unter die Arme greift. Für 2023 sind es rund 1,1 Milliarden Euro.



Gefördert werden unter anderem eine nachhaltige Landwirtschaft, der Schutz der Küstenregionen und der ländliche Raum. Damit können beispielsweise Dorfkerne oder Kitas saniert, medizinische Basiszentren errichtet oder erhalten werden. Das Ganze wird kofinanziert durch die Länder, sodass sich die für 2023 verfügbaren Mittel auf insgesamt rund 1,9 Milliarden Euro summieren. Der Bund will allerdings seine Mittel für die GAK nächstes Jahr kürzen, um rund 300 Millionen Euro. So sieht es der Haushaltsentwurf 2024 vor.

Wir treffen den Präsidenten des Leibniz-Institutes für Wirtschaftsforschung Halle an seinem Wohnort Leipzig. Reint Gropp hält es durchaus für notwendig, dass im Bundeshaushalt gekürzt wird.

Reint Gropp, Präsident Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Vor ein paar Jahren konnte sich Deutschland noch Geld leihen zu negativen Zinsen, also Geld dazu bekommen. Das ist inzwischen ganz anders durch die viel höheren Zinsen der EZB. Und das heißt, gleichzeitig haben wir zusätzliche Ausgaben, siehe insbesondere den Verteidigungshaushalt, der deutlich aufgestockt werden muss. Und das Geld muss herkommen und wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Und es ist ganz klar, dass eben auch dann bestimmte Bereiche vielleicht nicht mehr ganz so luxuriös finanziert werden können wie in der Vergangenheit.

Die geplanten Kürzungen werden den ländlichen Raum hart treffen, befürchtet Frank Baumgarten. Er ist Vorsitzender der Stiftung Landleben. Die Stiftung, gegründet von vier Gemeinden im Unstrut-Hainich-Kreis, hat die Gesundheitskioske gebaut. Dafür bekam sie eine Förderung von 367.000 Euro. Doch das ist nicht das einzige, was hier unter anderem mit dem Geld aus der GAK geschaffen wurde.

Frank Baumgarten, Vorsitzender Stiftung Landleben

Wir haben hier im Jahre 2012 begonnen altersgerechtes Wohnen umzusetzen im ländlichen Raum. Dazu haben wir einmal diese kleinen Häuschen, Bungalows hier errichtet. Hier war früher eine alte Bäckerei und eine alte Schulküche, die nicht mehr sanierungsfähig waren. Da haben wir diese kleinen Häuschen errichtet, wo wir jetzt barrierefrei Wohnen bis ins hohe Alter gewährleisten können.

Insgesamt zehn Häuschen gibt es in drei Dörfern und die Nachfrage ist groß. Denn es ist eine Alternative für alte Menschen, die nicht mehr in ihren Häusern leben können, aber auch nicht ihren Heimatort verlassen wollen, um in der nächst größeren Stadt in einem Altersheim ihren Lebensabend zu verbringen. Gleichzeitig soll für junge Menschen ein Angebot geschaffen werden.



Genau das ist das Ziel, dass wir sagen, die alten Häuser sollen möglichst jungen Familien dienen, die hierher ziehen wollen, weil wir eine gute Struktur hier haben, mit Schule, mit Arztpraxis. Mit diesen ganzen guten Sachen wollen wir halt auch im ja, ich sage mal, im Wettbewerb um die Demographie wollen wir natürlich gewinnen.

Für dieses Projekt gab es insgesamt 275.000 Euro Förderung. Mit den Bungalows, den Gesundheitskiosken und etlichen anderen Projekten will die Stiftung Landleben die Gemeinden attraktiv halten - für alt wie jung. Da macht Förderung nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers durchaus Sinn.

Reint Gropp, Präsident Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Das muss also in eine bestimmte Strategie hineinpassen. Und es muss nachhaltig sein. Es muss konsistent sein mit den Bevölkerungsprojektionen, also das erwarten wir, wie viele Leute hier noch wohnen werden in zehn Jahren, das ist gerade in Ostdeutschland ja ein Riesenthema. Dann kann tatsächlich eine Investition in solche Infrastruktur Dinge von der Öffentlichkeit kann das sinnvoll sein.

300 Millionen sparen und trotzdem den ländlichen Raum fördern, eine schwierige Aufgabe. Franziska Kersten ist Bundestagsabgeordnete der SPD und dort unter anderem zuständig für die GAK. Auf ihrer Sommertour durch ihren Wahlkreis Börde und Jerichower Land trifft sie am Montag den Bürgermeister von Harbke am Lappwaldsee - ländlicher geht es kaum. Franziska Kersten glaubt nicht, dass die geplanten Kürzungen dramatische Folgen haben werden.

Franziska Kersten (SPD), Bundestagsabgeordnete

Ich sehe das gar nicht so als großes Problem, weil wir schaffen einmal wir wollen es vereinfachen die Antragstellung. Denn es ist so, dass nicht alle Mittel abgeflossen sind. Es gibt also etliche Länder, die es nicht geschafft haben, aus personellen Kapazitäten und auch vielleicht das überhaupt zu bewältigen. Insofern wollen wir es einmal einfacher machen. Also Bürokratieabbau. Deshalb denke ich, das wir das Ziel, dass wir wieder Gelder in den ländlichen Raum stecken, doch durchaus erreichen können.

Das hofft auch Michael Brychcy, Bürgermeister im thüringischen Waltershausen. Er schaut sich mit dem Baudezernenten der Stadt ein altes Schloss im Ortsteil Schwarzhausen an, das für rund 3,2 Millionen Euro saniert wird und eine Kita beherbergen soll. Das Gebäude stand jahrelang leer, zwischenzeitlich war hier eine Grundschule untergebracht. Um die Sanierung stemmen zu können, zapfte Waltershausen mehrere Fördertöpfe an, darunter auch die GAK. Für Michael Brychcy steht außer Frage, dass der ländliche Raum auf diese Gelder angewiesen ist.



Michael Brychcy (CDU), Bürgermeister Waltershausen

Also solche Programme wie die GAK sind dringend notwendig. Ich würde sogar sagen, mir wäre es sogar recht, wenn die noch ein Stückchen aufgestockt werden würden, weil das ist ja kein Einzelfall, dieses Gebäude hier im ländlichen Raum, also allein die Stadt Waltershausen hat noch einige solcher Gebäude und und Dinge, die wir gerne machen würden.

Michael Brychcy, der auch Präsident des Gemeinde- und Städtebundes in Thüringen ist, glaubt nicht, dass die Kürzungen so kommen werden, wie sie momentan im Haushaltsentwurf stehen. Denn der muss erst einmal noch durch die Parlamente.

Michael Brychcy (CDU), Bürgermeister Waltershausen

Ich bin da noch optimistisch, dass das zwar getan werden soll, aber noch haben wir eine Stimme und die werden wir so laut erheben, dass der Finanzminister wahrscheinlich Einsehen haben muss.